

Ausweg?

Daß es in absehbarer Zeit zu einer Neuauflage der Würzburger Synode kommen wird, ist nach wie vor wenig wahrscheinlich. Zwar stand das Thema Synode auch bei der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 3./4. Mai wieder auf der bunt gemischten Tagesordnung. In seinem Bericht zum Stand der einschlägigen Diskussion konnte ZdK-Vizepräsident *Walter Bayerlein* aber nur seine Feststellung in der Frühjahrsvollversammlung 1984 (vgl. HK, Juni 1984, 292–293) wiederholen, im Zentralkomitee gebe es derzeit keine Mehrheit für die Durchführung einer Gemeinsamen Synode nach Würzburger Modell. Er konnte sich dabei auf die Ergebnisse einer zweiten Umfrage bei den Diözesanräten und Verbänden berufen, die gemäß einem im Frühjahr 1984 gefaßten Beschluß durchgeführt wurde.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die Anliegen und Anfragen vom Tisch wären, aus denen sich der Wunsch nach einem zweiten Würzburg speist. Sie werden schließlich auch von vielen geteilt, die sich mit dem Projekt einer neuen Gemeinsamen Synode aus verschiedenen Gründen nicht anfreunden konnten: Ebenso weit verbreitet wie die Kritik an der mangelnden Kommunikation zwischen Amtsträgern und Laien ist das Gefühl, die bundesdeutsche Kirche tue zuwenig, um den eigentlichen Herausforderungen für den christlichen Glauben in der gegenwärtigen Gesellschaft zu begegnen.

Nicht umsonst wurde bei der Umfrage das Problem der Weitergabe des Glaubens an die kommende Generation besonders häufig als ein Thema genannt, das baldmöglichst auf Bundesebene gemeinsam beraten werden mußte. Daneben tauchte auch die Frage nach Verständnis und Stellenwert des Laienapostolats häufiger auf. Die

Frühjahrsvollversammlung beauftragte jetzt das Präsidium des ZdK, in der Gemeinsamen Konferenz vorzuschlagen, in deren Verantwortung eine gemeinsame Studientagung von Bischöfen und Mitgliedern des Zentralkomitees über Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt, besonders über die Weitergabe des Glaubens durchzuführen. Gegenstand der Studientagung soll auch die Frage sein, „wie der überdiözesane Dialog in Angelegenheiten gemeinsamer Verantwortung von Bischöfen, Priestern und Laien intensiver weitergeführt werden kann.“

Überflüssig wäre eine solche Studientagung – wenn sie denn zustande kommen sollte – gewiß nicht, auch wenn man von ihr nicht zu viel erwarten sollte. Nicht zuletzt im Blick auf die bisherige Arbeit der Gemeinsamen Konferenz (in diesem Jahr findet nur eine einzige Sitzung des Gremiums statt!) ist einige Skepsis geboten. Im übrigen weiß man noch nicht so recht, wie der von der Vollversammlung gutgeheißene Vorschlag des ZdK-Präsidiums zu werten ist: als ernsthafter Versuch, einen ersten konkreten Schritt zu dem „allseits gewünschten intensiveren überdiözesanen Dialog“ (*Walter Bayerlein*) zu unternehmen oder mehr als halbherzige Konzession an die Befürworter einer neuen Gemeinsamen Synode. ru

Nachlese

Zum 8. Mai wurden auch von katholischer Seite Erklärungen abgegeben: zum Teil eingebunden in offizielle Akte, zum Teil unabhängig davon. Die *Deutsche Bischofskonferenz* hatte sich bereits Wochen vorher in einem eigenen Wort an die Öffentlichkeit gewandt (vgl. HK, Mai 1985, 221 ff.). Dieses unterschied sich deutlich von dem gemeinsamen Wort der EKD und des Kirchenbundes in der DDR. Es ließ im Gegensatz zu diesem alle direkten politischen Bezüge, sei es friedenspolitischer, sei es gesamtdeut-

scher Art, weg und formulierte an den sieben Bitten des Vaterunsers entlang betont geistlich all das, was Kirche zum Krieg, zum Kriegsende, zum Dritten Reich und zur Zeit danach und zu den heutigen Aufgaben als Kirche zu sagen hat. Das Wort war insoweit interessant, als es sich von allen anderen durch diese geistlich-meditative Entschiedenheit unterschied.

Kardinal *Höffners* Ansprache im Rahmen der gottesdienstlichen Gedenkfeier im Kölner Dom war wiederum von einer anderen Prägung, aber ebenfalls deutlich unterschieden von der Ansprache des EKD-Vorsitzenden *Lohse*: weniger Rückbesinnung als Blick in die Gegenwart und mit *Lohses* Argumentation im wesentlichen nur in einem Punkt identisch, insofern beide den Abfall in die Unmenschlichkeit während des Dritten Reiches und durch dieses und alle damit begangenen Verbrechen und aufgeladene Schuld letztlich auf den Abfall von Gott zurückführten. *Höffner* war sichtlich bemüht, von gegenseitigen Schuldzuweisungen („Wir sollten vergangene Schuld und gegenseitig zugefügtes Unrecht nicht immer selbstquälerisch hervorholen.“) wegzukommen und sich mehr den Problemen zuzuwenden, die Kirche und Gesellschaft *als Gegenwartsfragen* beschäftigen: das nach *Höffners* gestörte Verhältnis zur Zukunft, die Sorge um das Überleben der Menschheit und der Natur, die Rückbesinnung auf die „Tugend der sittlichen Entscheidung“.

Wieder von ganz anderem Tenor war eine kurze *Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken* anlässlich der Vollversammlung vom 3./4. Mai in Aachen. Sie geht nur ganz kurz auf das Dritte Reich ein, spricht vom 8. Mai als einem Tag der Trauer, nennt den „elenden Tod von Millionen von Menschen in den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus und im Krieg“ neben dem „Verlust der Heimat für viele Menschen in ganz Europa“. Der Kern der Erklärung ist der Bundesrepublik bzw. den „deutschen“ Verhältnissen, wie sie als Kriegsfolge und in der Nachkriegszeit entstanden sind, gewidmet.

Sehr deutlich kommen auch die *deutsch-nationalen Gesichtspunkte* zum

Zuge. Nachdrücklich wird an den Auftrag der Präambel des Grundgesetzes erinnert, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Übermäßig optimistisch wird festgestellt, dafür gäbe es „durchaus Verständnis und Unterstützung bei den Nachbarvölkern, solange wir den Weg weitergehen, den wir mit der Schaffung der Bundesrepublik Deutschland betreten haben“. Die Erklärung gipfelt in der Aufforderung, der geistigen und sittlichen Erneuerung der politischen Kultur, wie sie seit 1945 in der Bundesrepublik gelungen sei, treu zu bleiben und „mutiger und anspruchsvoller von unserer Freiheit Gebrauch zu machen und sie vor Gefährdung zu schützen“. Kaum berührt wurde in allen Erklärungen die *Schuldproblematik*, die die Kirche selbst im Zusammenhang mit dem Dritten Reich aufzuarbeiten hätte, und zwar nicht nur als Verschulden einzelner Katholiken, sondern auch als Schuld, die einen ihrer Gründe auch im zwiespältigen Verhalten von führenden kirchlichen Persönlichkeiten vor, am Beginn und während des Dritten Reiches hat. Lediglich *Hans Maier*, der Präsident des Zentralkomitees, sprach in einem Referat vor der Vollversammlung in Aachen, das im Kern ein *Rückblick auf die Situation nach Kriegsende* war, diese Problematik an und auch die Auseinandersetzung, die darüber vor allem seit den 60er Jahren stattgefunden hat. Dabei wertete er ein Zitat aus dem Hirtenbrief der Bischöfe vom 23. August 1945 („Schwere Verantwortung trifft jene, die aufgrund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben“) als inklusives Eingeständnis eigener Mitschuld der Kirche und führte es als Beweis dafür an, daß die Katholiken ihre eigene Mitschuld am und im Dritten Reich nie geleugnet oder apologetisch gerechtfertigt hätten. Ein klares Wort fällt in dieser Sache offenbar immer noch schwer, obwohl es vermutlich nie leichter gewesen wäre als zum jetzigen Zeit-

punkt, da pauschale und überzogene Vorwürfe gegen die Kirche in ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus weitgehend abgeklungen sind. *se*

Milieuerfall

Am 12. Mai fanden – per Zufall – in zwei europäischen Ländern Wahlen statt, keine nationalen, aber bedeutsame. In der Bundesrepublik wurde der nordrhein-westfälische Landtag neu gewählt, in Italien fanden Gemeinde-, Teil-Provinzialwahlen und Regionalwahlen statt. Letztere waren die wichtigsten, denn außer den fünf Regionen mit Sonderstatus (Aosta, Friaul-Julisch Venezien, Trentino-Südtirol, Sardinien und Sizilien) wurde in allen Regionen gewählt. Sie ergeben wie Regionalwahlen in Italien insgesamt sehr wohl ein politisches Stimmungsbild des ganzen Landes.

Ebenso zufällig wie ins Auge springend sind zwei Daten. Die 36,5 Prozent der CDU in Nordrhein-Westfalen und die 35% der DC bei den Regionalwahlen in Italien. Das erste gilt als Desaster der CDU, das zweite als Sieg bzw. als solide Stabilisierung der DC. Am Desaster ist nicht vorbeizukommen, zumal die CDU in NRW knapp hinter ihren Stimmenanteil unmitttelbar nach dem Krieg zurückgefallen ist. Aber wie es übertrieben wäre, in der Bundesrepublik daraus auf den erneuten allgemeinen Niedergang der Union und den schon wieder fortgeschrittenen Aufstieg der SPD zu schließen, so wäre es auch verkehrt, das nicht weitere Absinken der DC schon als Stabilisierung oder gar als Sieg zu feiern.

Die DC hat sich von den großen Einbrüchen in den siebziger Jahren (der erste große Einbruch erfolgte mit nur noch 35 Prozent bei den Regionalwahlen 1975, der zweite mit nur noch 32,6% bei den Parlamentswahlen 1983) noch keineswegs erholt. Und es ist nicht sicher, ob die jetzige Zunahme von 2,6 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 1983 so deut-

lich ausgefallen wäre, hätte es nicht die Angst vor dem „sorpasso“ durch die unter dem Berlinguer-Nachfolger *Alessandro Natta* wieder stärker moskauverdächtigen Kommunisten gegeben.

Es wird also gut sein, daraus keine falschen Schlüsse zu ziehen. Das gilt sowohl für Nordrhein-Westfalen wie für das „katholische“ Italien. In beiden Ländern sind jetzt Stimmen zu hören, die christlich-demokratischen Parteien müßten sich wieder mehr an ihrem kirchlich geprägten Wählerpotential orientieren, ihre liberale Verwaschenheit aufgeben. Es sei an der Zeit, die Wende nun auch so durchzuführen, wie sie gerade auch kirchlich geprägte Milieus erwartet haben: mehr Werte-Vorgaben, mehr geistige Führung, klare Entscheidungen und mehr Festigkeit, vor allem in rechtspolitischen Fragen. Und vielleicht auch wieder eine „klarere“ Sprache der Bischöfe, denn in Italien scheine diesmal die deutlichere Positionsbestimmung des Papstes und mancher Bischöfe zugunsten der „politischen Einheit der Katholiken“ der DC doch wieder mehr Stimmen gebracht zu haben. Und siehe: Kandidaten der politisch kämpferischen „Volksbewegung“, des politischen Arms von „comunione e liberazione“ auf der Liste der DC, haben sich aufgrund der für sie abgegebenen Vorzugsstimmen ja auch erstaunlich gut durchgesetzt.

Kirchlich ist ein solcher Standpunkt auch durchaus verständlich, wenn auch nicht klug, *politisch* wäre er eine völlige Fehlkalkulation. Der unaufhörliche Abstieg der CDU in Nordrhein-Westfalen und parallel im Saarland – beides Länder mit einer eindrucksvollen christlich-sozialen Tradition katholischer Prägung –, die hohen Verluste gerade in (mehrheitlich katholischen) CDU-Hochburgen sind bereits von zahlreichen Analysen aus der jüngeren Vergangenheit erhärtete Hinweise auf politisch-kulturellen Zerfall des katholischen Milieus als Wählerpotential.

Dies ist auch in Italien trotz wieder entschiedenerer Hinwendung von Teilen des organisierten Katholizismus zur DC nicht anders. Der Abstieg der